

Änderungsantrag

der Fraktion der SPD

**zur zweiten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes zur Wiederbelebung
der Wirtschaft und Beschäftigung und zur Entlastung des Bundeshaushalts
(Haushaltsbegleitgesetz 1983)**

– Drucksachen 9/2074, 9/2140, 9/2283, 9/2290 –

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Zu Artikel 18 (Reichsversicherungsordnung)

In Artikel 18 wird Nummer 5 (Neuanfügung eines Absatzes 3 an § 184 RVO) gestrichen.

**2. Als Folge des Beschlusses zu Nummer 1 werden nachstehende
Artikel des Haushaltsbegleitgesetzes geändert:**

- a) Artikel 18 Nr. 6 wird gestrichen.
- b) Artikel 18 Nr. 8 wird gestrichen.
- c) Artikel 18 Nr. 17 wird gestrichen.
- d) Artikel 18 Nr. 25 wird gestrichen.
- e) Artikel 18 Nr. 36 wird gestrichen.
- f) Artikel 19 Nr. 4 wird gestrichen.
- g) Artikel 19 Nr. 15 wird gestrichen.
- h) Artikel 20 Nr. 3 wird gestrichen.
- i) Artikel 20 Nr. 14 wird gestrichen.
- k) In Artikel 21 Nr. 1 wird § 5a Abs. 4 gestrichen.
- l) In Artikel 22 Nr. 2 wird § 7 Abs. 4 gestrichen.
- m) In Artikel 23 Nr. 2 wird § 3c Abs. 4 gestrichen.
- n) Artikel 25 Nr. 2 wird gestrichen.
- o) Artikel 25 Nr. 3 wird gestrichen.
- p) Artikel 26 Nr. 1 wird gestrichen.
- q) Artikel 28 Nr. 2 wird gestrichen.
- r) Artikel 28 Nr. 6 wird gestrichen.
- s) Artikel 28 Nr. 7 wird gestrichen.
- t) Artikel 28 Nr. 11 wird gestrichen.

Bonn, den 14. Dezember 1982

Wehner und Fraktion

Begründung*Zu Nummer 1*

Die Einführung von Eigenbeteiligungsregelungen in das Krankenversicherungsrecht ist systemfremd und widerspricht dem Sachleistungsprinzip. Sie führt zu unsozialen Ergebnissen.

Zu Nummer 2 Buchstabe d

Auf die Einführung einer Zuzahlung bei stationärer Heilbehandlung in Höhe von 10 DM für jeden Kalendertag soll verzichtet werden.

Zu Nummer 2 Buchstabe e

Folgeänderung zum Antrag zu Artikel 18 Nr. 25. Der Verzicht auf die Zuzahlung bei stationärer Heilbehandlung muß sich konsequenterweise auch auf die in § 1305 geregelten allgemeinen Maßnahmen oder Einzelmaßnahmen zur Förderung der Gesundheit erstrecken.

Zu Nummer 2 Buchstabe f

siehe Begründung zu Artikel 18 Nr. 25 (Zuzahlung bei stationärer Heilbehandlung)

Zu Nummer 2 Buchstabe g

siehe Begründung zu Artikel 18 Nr. 36 (Wegfall der Zuzahlung bei stationärer Heilbehandlung)

Zu Nummer 2 Buchstabe h

siehe Begründung zu Artikel 18 Nr. 25 (Zuzahlung bei stationärer Heilbehandlung)

Zu Nummer 2 Buchstabe i

siehe Begründung zu Artikel 18 Nr. 36 (Wegfall der Zuzahlung bei stationärer Heilbehandlung)

Zu Nummer 2 Buchstabe k

Da auf die Zuzahlung bei stationärer Heilbehandlung generell verzichtet werden soll, entfällt auch die Notwendigkeit einer Übergangsregelung.

Zu Nummer 2 Buchstabe l

siehe Begründung zu Artikel 21 Nr. 1 (Übergangsregelung für Zuzahlung bei stationärer Heilbehandlung)

Zu Nummer 2 Buchstabe m

siehe Begründung zu Artikel 21 Nr. 1 (Übergangsregelung für Zuzahlung bei stationärer Heilbehandlung)

Zu Nummer 2 Buchstabe n

Auf die Einführung einer Zuzahlung bei stationärer Heilbehandlung soll auch bei Leistungen der Altershilfe der Landwirte verzichtet werden.

Zu Nummer 2 Buchstabe p

siehe Begründung zu Artikel 21 Nr. 1 (Übergangsregelung für die Zuzahlung bei stationärer Heilbehandlung)

Zu Nummer 2 Buchstabe q

Folgerung für die Krankenversicherung der Landwirte aus dem Änderungsantrag zu Artikel 18 Nr. 8.

Zu Nummer 2 Buchstabe r

Folgerung für die Krankenversicherung der Landwirte aus dem Änderungsantrag zu Artikel 18 Nr. 5.

Zu Nummer 2 Buchstabe s

Folgerung für die Krankenversicherung der Landwirte aus dem Änderungsantrag zu Artikel 18 Nr. 6.

